



Sitzungsmappe

zur

1. Sitzung des 14. Landesparteitages

25. - 26. März 2023

in Erding

Zeitplan.....	Seite 2
Anträge zur Konstituierung.....	Seite 3
Änderungsanträge.....	Seite 14
Änderungsantrag D 85-1.....	Seite 30
Bewerbungen.....	Seite 51

Nr.	Tagesordnungspunkt.....	geplante Uhrzeit
1	Eröffnung des Parteitags.....	11:00
2	Konstituierung.....	11:05
	Wahl der Versammlungsleitung.....	11:20
	Wahl der Protokollführung.....	11:20
	Wahl der Mandatsprüfungskommission.....	11:20
	Wahl der Wahlkommission.....	11:20
	Beschlussfassung über die Geschäftsordnung.....	11:20
	Beschlussfassung über den Zeitplan.....	11:25
3	Grußworte.....	11:30
4	Berichte.....	12:20
	Digitalkommission.....	12:20
	Wahlkampagne.....	12:30
	Gleichstellungsbericht.....	12:40
	Pause.....	12:50
5	FLINTA*-Plenum.....	13:50
	parallel Workshop für Männer.....	14:50
6	Vorstellung des Wahlprogrammentwurfs.....	14:50
7	Generaldebatte.....	15:00
	Bericht der Mandatsprüfungskommission.....	15:30
8	Beschlussfassung zum Landtagswahlprogramm.....	15:35
9	Wahl der Spitzenkandidatin / des Spitzenkandidaten.....	18:35
	Parteiabend.....	19:00
	Abendessen.....	19:30
	Parteiabend.....	20:30
	ENDE.....	22:00
	Sonntag.....	
	Einlass Helfer*innen.....	08:00
	Einlass Gäste.....	08:30
	Bericht der Mandatsprüfungskommission.....	09:00
10	Beschlussfassungen zum Bezirkstagswahlprogramm.....	09:10
11	Wahlen.....	10:10
	Beschlussfassungen zur Wahlordnung.....	10:10
	Nachwahl gf LaVo gemischt.....	10:20
	Wahl Bundesausschuss quotierte Liste.....	10:35
	Wahl Bundesausschuss gemischte Liste.....	10:55
	Wahl Bundesausschuss Ersatz quotiert.....	11:15
	Wahl Bundesausschuss Ersatz gemischt.....	11:30
	Wahl Landesfinanzrevision.....	11:45
	Wahl Landesschiedskommission.....	12:05
	Pause.....	12:25
12	Anträge.....	13:10
	Anträge zur Satzung.....	13:10
13	Finanzbericht und Finanzplanung.....	13:30
	weitere Anträge.....	14:00
14	Wahl der Antragsberatungskommission.....	14:30
15	Schlusswort der Landessprecherinnen.....	14:40
	Abbau.....	14:50
	Ende.....	15:50

Antrag R1: Tagesordnung

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Samstag**

- 2 1. Eröffnung
- 3 2. Konstituierung
- 4 3. Grußworte
- 5 4. Berichte
- 6 5. FLINTA*-Plenum
- 7 6. Vorstellung des Landtagswahlprogramms
- 8 7. Generaldebatte
- 9 8. Beschlussfassung zum Landtagswahlprogramm
- 10 9. Wahl der Spitzenkandidatin /des Spitzenkandidaten
- 11 10. Parteiabend mit Kultur und Musik

12

13 **Sonntag**

- 14 11. Beschlussfassungen zum Bezirkstagswahlprogramm
- 15 12. Weitere Wahlen
 - 16 1. Nachwahl geschäftsführender Landesvorstand, ein Platz gemischte Liste
 - 17 2. Nachwahl einer jugendpolitischen Sprecherin, ein Platz quotierte Liste
 - 18 3. Wahlen zum Bundesausschuss, vier Delegierte und vier Ersatzdelegierte
 - 19 4. Wahl einer Landesfinanzrevision, vorr. 4-6 Plätze
 - 20 5. Wahl einer Landesschiedskommission, vorr. 4-6 Plätze
- 21 13. Anträge
 - 22 1. Anträge zur Satzung
 - 23 2. Finanzbericht und Finanzplanung

- 24 3. Weitere Anträge
- 25 14. Wahl der Antragsberatungskommission für die nächste Parteitagssitzung
15. Ende ca. 15 Uhr

Antrag R4: Geschäftsordnung des 14. Landesparteitags

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Der 14. Landesparteitag gibt sich folgende

2 Geschäftsordnung

3 1. Kommissionen

4 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen
5 ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung eine Wahlkommission, ein
6 Tagungspräsidium, eine Mandatsprüfungskommission und eine Protokollkommission. Er
7 bestätigt die Antragskommission. Die Kommissionen des Landesparteitages haben
8 jederzeit Rederecht. Für die Wahl der Kommissionsmitglieder reicht eine einfache
9 Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

10 2. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan

11 Der Landesparteitag beschließt eine Geschäftsordnung, eine Tagesordnung und einen
12 Zeitplan.

13 3. Tagungspräsidium

14 Das Tagungspräsidium hat die Aufgabe, den Landesparteitag auf Grundlage der
15 beschlossenen Tagesordnung zu leiten. Dazu kann das Präsidium jederzeit zu
16 Verfahrensfragen das Wort ergreifen und Vorschläge zum Verfahren unterbreiten. Das
17 Tagungspräsidium hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung des Eingangs der
18 Wortmeldungen, der Quotierung und des Themas das Wort zu erteilen, die Einhaltung der
19 Redezeit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass sich Redebeiträge auf das

20 aufgerufene Thema beziehen.

21 **4. Frauenplenum**

22 Jede Parteitagsitzung hält im Rahmen der Tagesordnung ein Frauenplenum ab. Ein
23 Frauenplenum darf überdies jederzeit von jeder einzelnen weiblichen Delegierten
24 beantragt werden. Wenn mindestens ein Viertel der anwesenden stimmberechtigten Frauen
25 zustimmt, muss ein den Landesparteitag unterbrechendes Frauenplenum durchgeführt
26 werden. Die Abstimmung darüber erfolgt nach einer Für- und einer Widerrede. Über
27 einen in diesem Frauenplenum abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst
28 nach erneuter Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden
29 werden.

30 **5. Beschlussfähigkeit**

31 Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten
32 Delegierten teilnehmen. Sie bleibt beschlussfähig, solange mindestens die Hälfte der
33 bei der Mandatsprüfung festgestellten Delegierten anwesend ist. Die
34 Beschlussfähigkeit wird auf Antrag festgestellt.

35 **6. Beschlussfassung**

36 Sofern die Bundessatzung, die Landessatzung oder diese Geschäftsordnung es nicht
37 anders regeln, werden Beschlüsse grundsätzlich offen und mit einfacher Mehrheit der
38 abgegebenen Stimmen gefasst. Es zählen nur abgegebene Ja- und Nein-Stimmen;
39 Stimmenthaltungen bleiben unberücksichtigt, werden jedoch protokolliert. Bei
40 Stimmgleichheit gelten Anträge als abgelehnt. Das Tagungspräsidium setzt zur
41 Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein, die tätig werden, wenn kein
42 eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

43 **7. Stimm- und Rederecht**

44 Stimm- und Rederecht sind in den Satzungen und Ordnungen der Partei geregelt. Gästen
45 kann das Rederecht erteilt werden.

46 **8. Wortmeldungen und Redezeit**

47 Wortmeldungen zur Diskussion sind schriftlich beim Tagungspräsidium unter Angabe des
48 Tagesordnungspunktes, des Namens und des Kreisverbandes, einzureichen. In der
49 Antragsberatung und bei der Befragung von Kandidatinnen und Kandidaten kann auf

50 schriftliche Wortmeldungen verzichtet werden. Die Redezeit ist auf drei Minuten
51 begrenzt, in der Antragsberatung und bei den Wahlen kann auf Beschluss des
52 Parteitages von dieser Regelung abgewichen werden. Das Wort wird bei strafrechtlich
53 relevantem Inhalt, wie Beleidigungen, Verleumdung, etc. entzogen. Dies gilt auch bei
54 Selbst- und/oder Fremdgefährdung. Delegierte können nach Abschluss von Debatten und
55 Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung
56 anzumelden.

57 Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

58 **9. Antragskommission**

59 Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf
60 dem Parteitag vorliegen. Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit
61 ausschließlich redaktionellem Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen. Die
62 Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen und
63 Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum
64 Empfehlungen zu geben. Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden,
65 wird von der Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert. Die
66 Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären. Unzulässig sind
67 insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der Bundessatzung oder dieser
68 Geschäftsordnung nicht erfüllen. Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des
69 Parteitages unverzüglich darauf hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung
70 im vorgesehenen Zeitrahmen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

71 **10. Anträge**

72 Alle Anträge werden durch die Antragskommission nach entsprechender Beratung zur
73 Abstimmung gestellt. Liegen zu einem Thema mehrere Anträge bzw. zu einem Antrag
74 mehrere Änderungsanträge vor, wird der weitestgehende zuerst abgestimmt. Dazu
75 unterbreitet die Antragskommission einen Vorschlag zum Abstimmungsverfahren.

76 **11. Antragsfristen**

77 Die Antragsfristen zum Landesparteitag betragen für:

- 78 – Leitanträge und Programmentwürfe: 8 Wochen
- 79 – Ordentliche Anträge: 6 Wochen
- 80 – Änderungsanträge: 2 Wochen

81 – Dringlichkeitsanträge: Einreichung bis 12:00 nach Beginn der Parteitagssitzung

82 12. Initiativanträge – Eingang bis 12:00 Uhr nach Eröffnung der

83 Parteitagssitzung.

84 Initiativanträge können von Delegierten und von Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit
85 beratender Stimme gestellt werden. Diese bedürfen der Unterschrift von 19 Delegierten
86 und müssen bis 12:00 Uhr nach Eröffnung der Parteitagssitzung (bei mehrtägigen
87 Parteitagen am ersten Tag) beim Tagungspräsidium eingegangen sein. Initiativanträge
88 sind nur zulässig, wenn der Gegenstand des Antrags eine fristgerechte Antragsstellung
89 nicht zulässt (z. B. wegen hoher Aktualität). Ob dies zutrifft, entscheidet die
90 Antragskommission.

91 13. Änderungsanträge

92 Änderungsanträge, die spätestens zwei Wochen vor Beginn des Parteitags eingegangenen
93 sind, werden vorrangig behandelt. Über die Behandlung von später eingegangenen
94 Änderungsanträgen entscheidet die Antragsberatungskommission. Alle Änderungsanträge
95 müssen schriftlich eingereicht werden und werden vor den entsprechenden Anträgen
96 abgestimmt. Eine Abstimmung entfällt, wenn die Antragsteller/in des zu ändernden
97 Antrags einer Übernahme, auch in geänderter Fassung, des Antrages zustimmen oder die
98 Antragsteller/innen den Antrag zurückziehen. Bei einer Übernahme eines Antrags in
99 geänderter Fassung besteht ein Widerspruchsrecht in angemessener Frist der
100 betroffenen Änderungsantragsteller/innen. Näheres regelt die Antragskommission.

101 14. Anträge zur Geschäftsordnung

102 Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören
103 insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und
104 Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung
105 eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw.
106 zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste. Anträge zur Geschäftsordnung
107 sind mündlich zu stellen und werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner
108 sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft. Anträge zur Geschäftsordnung können
109 nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten und Teilnehmer/innen mit beratender
110 Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und Mitgliedern von Arbeitsgremien des
111 Parteitages gestellt werden. Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen
112 der Redeliste können nur von antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu

113 diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor der Abstimmung sind
114 jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen.

115 **15. Rückholanträge**

116 Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach
117 Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines
118 Bekanntwerdens zu stellen.

119 Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages,
120 Delegierten und Teilnehmer/inne/n mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung)
121 und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden. Die
122 Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.

123 **16. Wahlen**

124 Die Durchführung von Wahlen wird durch die Bundeswahlordnung geregelt.

125 **17. Protokoll**

126 Vom Landesparteitag wird von der Protokollkommission ein Protokoll erstellt und von
127 den beteiligten Gremien (Tagungspräsidium, Wahlkommission, Antragskommission)
128 autorisiert. Beschlüsse des Landesparteitages sind zu veröffentlichen.

Antrag R2: Antragsberatungsverfahren und Redezeiten

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Anträge**

2 1. Die Antragsberatungskommission legt im Rahmen der Geschäfts-, Tagesordnung und
3 dieses Beschlusses die Reihenfolge der Anträge eigenständig fest. Eine
4 voraussichtliche Aufrufliste soll ausgehängt werden.

5 2. Die Beratung eines Antrags erfolgt in dieser Reihenfolge:

6 1. Einbringung des Antrags

- 7 2. Beratung der Änderungsanträge
- 8 3. Gegen- und Fürrede zum Antrag abwechselnd.
- 9 4. Abstimmung des Antrags
- 10 3. Dringlichkeits- und Initiativanträge sind beim Tagungspräsidium bis zum
- 11 Antragsschluss einzureichen. Für die Unterstützungsunterschriften, soll die
- 12 Vorlage der ABK verwendet werden.

13 **Änderungsanträge**

- 14 1. Die Änderungsanträge werden in der Reihenfolge im zu ändernden Antrag behandelt.
- 15 2. Anträge die durch die/den Antragsteller:in (teil-)übernommen wurden oder sich
- 16 durch Kompromiss erledigt haben, bedürfen keiner Beratung oder Abstimmung auf
- 17 dem Parteitag. Die Antragsberatungskommission gibt im Antragsheft, durch
- 18 Aushang, Tischvorlage oder mündliche Bekanntgabe bekannt, welche
- 19 Änderungsanträge dies betrifft.
- 20 3. Rückholanträge, die zum Ziel haben solche Anträge auf dem Parteitag zu beraten,
- 21 müssen vor Einstieg in die Beratung der Änderungsanträge zum betroffenen Antrag
- 22 vorliegen. Vor Beginn der Tagung muss ein solcher Antrag zumindest per E-Mail
- 23 bei der ABK eingereicht werden, ansonsten in Schriftform bei der Tagesleitung.
- 24 Antragsberechtigt hierfür sind die jeweiligen Änderungsantragsteller*innen (nur
- 25 bei Teilübernahmen) und Delegierte mit beschließender Stimme des Parteitags.
- 26 4. Betreffen mehrere Änderungsanträge redaktionell unvereinbar die gleiche Stelle
- 27 in einem Antrag, wird zuerst, wenn vorhanden, der Kompromissvorschlag des
- 28 Landesvorstands, danach der weitestgehende Änderungsantrag, sowie die weniger
- 29 weitgehenden in absteigender Reihenfolge beraten und abgestimmt. Diese
- 30 Reihenfolge stellt die ABK fest. Der Kompromissvorschlag und die Anträge werden
- 31 vor allen Abstimmungen eingebracht, Für- und Gegenrede erfolgt vor der
- 32 jeweiligen Abstimmung. Wird ein der Kompromissvorschlag oder ein Antrag
- 33 angenommen, gelten alle weiteren Anträge als abgelehnt. Die Für- und Gegenreden
- 34 zu diesen Anträgen entfallen entsprechend.
- 35 5. Des Weiteren kann die ABK dem Parteitag vorschlagen inhaltlich verbundene
- 36 Änderungsanträge unabhängig derer Stelle im Antrag gemeinsam zu beraten und
- 37 abzustimmen. Widerspricht keine stimmberechtigte Person auf Befragen, gilt das
- 38 Verfahren als angenommen. Kommt Widerspruch auf, entscheidet der Parteitag durch

- 39 Beschluss. Je nach Anzahl der zusammengefassten Änderungsanträge summiert sich
40 die Zahl der Reden entsprechend auf. Der letzte Satz gilt nicht, wenn alle
41 verbundenen Änderungsanträge exakt die gleiche Änderung vorsehen.
- 42 6. Die ABK kann entsprechend der Geschäftsordnung Änderungsanträge, welche
43 ausschließlich redaktionellen Charakter haben, zur Nicht-Behandlung vorschlagen.
44 Der Vorschlag über diese Anträge wird im Block abgestimmt. Vorher ist eine Für-
45 und Gegenrede mit je einer Minute Redezeit zuzulassen. Wird der Vorschlag
46 abgelehnt, können die betroffenen Änderungsantragsteller erklären, ihre Anträge
47 aus dem Block zu nehmen. Die Abstimmung kann dann mit den übrigbleibenden
48 Anträgen wiederholt werden.
- 49 7. Des Weiteren unterbreitet die ABK einen Vorschlag, welche der Anträge die
50 Vorraussetzungen nach § 18 Abs. 6 der Landessatzung nicht erfüllen, nicht durch
51 den Parteitag behandelt werden sollen. Das Beschlussverfahren kann gemeinsam mit
52 dem Verfahren nach Nr. 6 erfolgen.

53 **Redezeiten/Anzahl der Reden**

- 54 Der Parteitag legt folgende Redezeiten fest, abweichendes ist durch Beschluss zu
55 regeln:
- 56 1. Leitanträge: Einbringung 1 x 10 Minuten, Gegenreden 2 x 2 Minuten, Fürreden 2 x
57 2 Minuten
- 58 2. (allgemeine) Anträge und Initiativanträge: Einbringung 1 x 2 Minuten, Gegenrede
59 1 x 2 Minuten, Fürrede 1 x 2 Minuten
- 60 3. Änderungsanträge: Einbringung 1 x 1 Minute, Gegenrede 1 x 1 Minute, Fürrede 1 x
61 1 Minute

62 **Umsetzung der quotierten Redelisten und Wortmeldungen in** 63 **der Antragsberatung**

- 64 1. Bei einer Gegenrede wird der/dem Antragsteller:in des zu ändernden Antrags
65 bevorzugt das Wort erteilt. Sonst werden die Reden in Reihenfolge ihrer Meldung
66 aufgerufen. Abweichend zum letzten Satz ist, wenn die Einbringung nicht durch
67 eine Frau erfolgt ist, einer Frau das Wort zu erteilen, wenn sich eine meldet.
68 Bei mehreren Für- und Gegenreden ist § 10 Abs. 2 Bundessatzung getrennt auf die
69 Für- und Gegenreden anzuwenden.

- 70 2. Die Meldung erfolgt grundsätzlich durch Anstellen am entsprechenden
71 Saalmikrophon. Die Antragsberatungskommission kann abweichend die Wortmeldung
72 per Wortmeldezettel festlegen.

Antrag R3: Nicht-Behandlung von Änderungsanträgen

Antragsteller*in:	Antragskommission
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Anträge zu den Regularien und zur Arbeitsweise des Parteitags

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag schließt sich der Auffassung der Antragskommission an, dass die
2 folgenden Änderungsanträge ausschließlich redaktionellen Charakter haben und
3 beschließt für diese die Nichtbehandlung nach Nr. 9 S. 2 der Geschäftsordnung, sowie
4 ggf. nach § 18 Abs. 6 der Landessatzung:

5 L1-A-179-1

6 L1-A-292-1 (in Antragsheft 2)

7 L1-A-573-1

8 L1-A-583-1

9 L1-C-180-1

10 L1-C-637-1

11 L1-C-782-1

12 L1-D-12-1

13 L1-D-18-1

14 L1-D-42-1

15 L1-D-56-1

16 L1-D-62-1

17 L1-D-747-1

18 L2-129-1

19 L2-53-1

20 L2-82-1

- 21 Der Parteitag beschließt die Nichtbehandlung der folgenden Anträge nach § 18 Abs. 6
22 der Landessatzung:

23 L1-C-345-1

Antrag A1: Ein neues Konzept für das Feuerwehrauto „Roter Blitz“

Antragsteller*in:	Oswald Greim (KV Oberfranken Ost)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Für den Landtagswahlkampf** 2023 erhält jeder Regierungsbezirk mit bis zu 4
- 2 Kreisverbänden den „Roten Blitz“ zusammenhängend eine Woche lang (i.d.R. von
- 3 Mittwoch bis Dienstag).
- 4 Sonderregelung für Oberbayern und KV München:
- 5 Wegen der Einwohnerzahl und der Größe sowie der vielen Kreisverbände (10) 3 Wochen
- 6 Sonderregelung für Mittelfranken
- 7 Wegen der Einwohnerzahl und der Größe sowie der vielen Kreisverbände (7) 2Wochen
- 8
- 9 Das sind dann insgesamt 10 Wochen Einsatz im Landtagswahlkampf von Juli bis Oktober
- 10 2023.
- 11 Die Kreisverbände in den Regierungsbezirken koordinieren untereinander den Einsatz
- 12 und
- 13 stellen dafür Verantwortliche und Fahrer bereit.
- 14 Die Weitergabe des „Roten Blitz“ soll möglichst an einen Nachbarregierungsbezirk
- 15 erfolgen.
- 16 Der Einsatz wird von den Verantwortlichen in den Regierungsbezirken untereinander und
- 17 mit dem Landesvorstand abgestimmt. Kommt keine Einigung zustande entscheidet das
- 18 Los.
- 19 **Die Kosten dafür übernimmt der Landesverband Bayern.**
- 20
- 21 **In Zeiten ohne Wahlkampf**, also z.B. dieses Jahr (2023) von Januar bis Juni und von
- 22 Oktober nach der Wahl (ab 09.10) bis Dezember kann jeder Regierungsbezirk den „Roten
- 23 Blitz“ jeweils einmal für einen 2wöchigen zusammenhängenden Einsatz haben.

24 Die Sonderregeln gelten entsprechend für die anerkannten Landesarbeitsgemeinschaften.

25 Bei denen unter 50 Mitgliedern steht der „Rote Blitz“ jeweils eine Woche, bei denen

26 über 50 Mitgliedern Zwei (2) Wochen zur Verfügung.

27

28 **Kosten übernimmt der Landesverband Bayern**

29 Die zentrale Organisation dieser Einsätze läuft über die Geschäftsführung des

30 Landesverbandes

Änderungsanträge

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
R4-128-1	128	LAG Netzpolitik	<p>autorisiert. Beschlüsse des Landesparteitages sind zu veröffentlichen.</p> <p>18. Livestream</p> <p><u>Der Landesparteitag wird per Bild und Ton live ins Internet übertragen. Die Übertragung kann durch Antrag unterbrochen werden. Die Übertragung wird für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung unterbrochen.</u></p>	
L1-A-93-1	93 - 96	Theo Glauch (KV München), und Weitere	<p>Im reichen Bayern zeigt sich überdeutlich, dass der Reichtum nicht gerecht verteilt ist. Ein strukturschwacher Norden und Osten DIE LINKE steht den Zentren rund um München und für eine Welt, in der sich die Wirtschaft nicht nur an den Interessen der Aktionär:innen orientiert. Wir stellen den Menschen und die Natur in den Mittelpunkt unserer Politik! Überall, von der Oberpfalz bis Schwaben, von Nürnberg gegenüber. Gleiche und gute Lebensverhältnisse für alle gibt bis München braucht es nicht—das wollen wir ändern gute und sinnvolle Arbeit, eine funktionierende Daseinsvorsorge und eine Industrie, die sich an den Bedürfnissen einer klimaneutralen Zukunft orientiert. Nur so kann ein gutes Leben für alle ermöglicht werden.</p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-	307,	Kreisverband	<ul style="list-style-type: none"> • und Hobbys. Wir wollen keine Freizeit. Wir stellen uns konsequent gegen die 	Teilübernahme
A-307-1	309 - 313	Augsburg	<p>Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Mit uns gibt es</p> <p>[...]</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Digitalisierung schafft neue, oft entgrenzte und prekäre Beschäftigungsformen. Doch Flexibilität im Arbeitsleben muss sich nach den Bedürfnissen der Beschäftigten richten. Wir setzen uns für mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen und einen besseren Schutz gegen Dauerstress und Überlastung ein. • Wir fordern, dass sich die Flexibilität im Arbeitsleben nach den Bedürfnissen der Beschäftigten richtet. Wir setzen uns für mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen und einen besseren Schutz gegen Dauerstress und Überlastung ein. 	durch Landesvorstand

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1- A-370-1	370 - 374	Kreisverband Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen die Mitbestimmung in der Arbeitswelt ausweiten. Das heißt: fordern zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten/Arbeiter:innen und ihrer Betriebsräte bei allen wirtschaftlichen Fragen. Wir fordern die Ausweitung der <u>Mitbestimmungsmöglichkeiten/Mitbestimmungsrechte im Bayerischen Personalvertretungsgesetz auf über das Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus.</u> 	Teilübernahme durch Landesvorstand
L1- A-419-1	419 - 422, 423	Kreisverband Augsburg	<p>Personalvertretungsgesetzes mit Ausweitung der <u>Mitbestimmungsmöglichkeiten/Mitentscheidungsmöglichkeiten</u> über auf das Niveau des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus. Die demokratische Verfasstheit der bayerischen Verwaltung sollte Vorbildcharakter für die Privatwirtschaft haben, statt hinter ihr zurückzustehen. <u>Unsere Arbeiter:innen in den Verwaltungen müssen endlich die notwendigen Veränderungen in den Behörden erreichen können.</u></p> <p>[...]</p> <p>Die bestehenden - von <u>Beschäftigten/Arbeiter:innen</u>, Gewerkschaften und linken Parteien hart</p>	Teilübernahme durch Landesvorstand

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1- B-140-1	140 - 143	Kreisverband Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen „Eine Schule für alle“ mit allen Kompetenzen der bisherigen unterschiedlichen Schulen. Gemeinsam von der ersten bis zur zehnten Klasse und gut vorbereitet für ein selbstbestimmtes Leben -- gut ausfinanziert wird stehen für die Schule auch den Bedürfnissen aller gerecht Abschauffung der Mehrgliedrigkeit. 	
L1- B-144-1	144 - 146	Kreisverband Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> • „Eine Schule für alle“ soll es als flächendeckendes Ganztagsangebot geben. Dabei ist uns wichtig: jedem, nicht nur manchem Kind Wir fordern ein Instrument, ausreichend Sport- und Kulturangebote im Ganztagsflächendeckendes Ganztagsangebot an allen Schulen. 	
L1- B-158-1	158 - 159	Kreisverband Augsburg	<ul style="list-style-type: none"> • Jahrgangswiederholungen sollen nur auf Antrag der Schüler:innen ermöglicht werden flächendeckend jahrgangsübergreifende Klassen einführen. 	gemeinsame Abstimmung mit L1-B-190-1
L1- B-158-2	158	Kreisverband Erlangen/Erlangen- Höchstadt	<ul style="list-style-type: none"> • Jahrgangswiederholungen sollen nur auf Antrag mit Zustimmung der Schüler:innen ermöglicht 	
L1- B-190-1	190 - 191	Kreisverband Augsburg	<p>Jahrgangsstufen unnötig machen. Und mit Unsere Lösung sind jahrgangsübergreifende Klassen. Mit dem flächendeckenden Ausbau des Ganztags wellerd</p> <p>en wir nicht bis 2026 warten, wenn der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung</p>	gemeinsame Abstimmung mit L1-B-158-1

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-B-246-1	246	Kreisverband Augsburg	Die Lehrkraft macht den Unterschied. Das hat nicht zuletzt die Hattie-Studie gezeigt.	gemeinsame Abstimmung mit L1-B-246-2
L1-B-246-2	246	Katinka Burz (KV München), und Weitere	Die Lehrkraft macht den Unterschied. Das hat nicht zuletzt die Hattie-Studie gezeigt.	gemeinsame Abstimmung mit L1-B-246-1
L1-C-1-1	1 - 177	LAG Klimagerechtigkeit	<p>Zeilen 1 - 177 ersetzen durch: <u>Mobilität für alle muss gewährleistet sein und kann daher keine Frage des Geldbeutels sein. Gleichzeitig ist es notwendig, die Klimaneutralität im Verkehrssektor nach jahrelangem Zögern endlich zu beschleunigen. Um beiden Zielen gerecht zu werden, braucht es eine radikale Verkehrswende und damit eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr und eine Weichenstellung hin zu Fuß-, Rad-, und Schienenverkehr.</u></p> <p><u>Wir fordern:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>Sofortiger Stopp des Autobahnbaus.</u> • <u>Fortsetzung eines 9€-Tickets und Entkriminalisieren von Fahren ohne Ticket.</u> • <u>Ausbau und Instandsetzung der Schieneninfrastruktur.</u> • <u>Bahnhöfe zu Mobilitätszentren umbauen.</u> • <u>Barrierefreiheit als Standard!</u> • <u>Aufstocken des Personals und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.</u> • <u>Güterverkehr auf die Schiene verlagern.</u> • <u>Fahrradinfrastruktur verbessern und Fahrradfahren sicher machen.</u> <p><u>Ein erster Schritt ist hier der sofortige Genehmigungsstopp für Autobahnen in Bayern. Bundesweit setzen wir uns für den Zulassungsstopp von Verbrennungsmotoren bis 2030 ein.</u></p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-C-2-1	1 -	Tilo Stock (KV München)	<p><u>Für die Menschen, die noch auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind, setzen wir auf Carsharing und die E-Mobilität als Brückentechnologie.</u></p> <p><u>Im nahen Umfeld wollen wir verstärkt auf Fuß- und Radverkehr setzen, in der Region ist den Öffentlichen Verkehrsmitteln und auf überregionaler Ebene der Bahn Priorität einzuräumen. Die unterschiedlichen Ebenen müssen besser verzahnt sein. Das bedeutet sowohl überregionale Planungen unter breiter Beteiligung aller Betroffenen vor Ort als auch Abstimmungen der Abfahrtszeiten im Betrieb.</u></p> <p><u>Der Sommer 2022 hat gezeigt, ein günstiger Nahverkehr wird genutzt. Wir fordern den Öffentlichen Nahverkehr ticketfrei zu gestalten, übergangsweise können wir uns mit einer Fortsetzung des 9 €-Tickets abfinden.</u></p> <p><u>Bevor es soweit ist, muss zuerst das Fahren ohne Ticket entkriminalisiert werden und höchstens als Ordnungswidrigkeit gewertet werden.</u></p> <p><u>Allerdings hat uns der Sommer ebenfalls die Grenzen der aktuellen Infrastruktur aufgezeigt.</u></p> <p><u>Wir fordern daher klar den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs auf allen Ebenen.</u></p> <p><u>Stillgelegte Strecken müssen wieder in Betrieb genommen werden, die bestehenden Bahnstrecken müssen modernisiert und, falls bisher nicht erfolgt, elektrifiziert werden. Auch Eisenbahn-Nebenstrecken wollen wir zweigleisig ausbauen.</u></p> <p><u>Bei zusätzlichem Ausbau des Schienennetzes bevorzugen wir oberirdische Strecken, da der Bau deutlich klimafreundlicher ist. In kleinen Gemeinden wollen wir bis zum Ausbau eines dauerhaften Angebots auf on-Demand-Lösungen setzen.</u></p> <p><u>Bahnhöfe und Busbahnhöfe wollen wir zu Mobilitätszentren (Bus, Bahn, Carsharing, Taxis, Fahrradparkplätze, Bikesharing) mit Versorgungseinrichtungen (WC, Einkaufen, Gastro) weiterentwickeln und zu Begegnungszentren mit Aufenthaltsqualität machen.</u></p>	Erledigt sich bei Ablehnung von L1-C-1-1
L1-C-2-1	177		<p><u>Änderung am Antrag L1-C-1-1. Der Satz "Bevor es so weit ist, muss zuerst das Fahren ohne Ticket entkriminalisiert werden und höchstens als Ordnungswidrigkeit gewertet werden." soll ersetzt werden durch "Bevor es so weit ist, müssen sofort kostenlose Sozialtickets für Bezieher von Sozialleistungen und für Menschen in Armut eingeführt werden. Niemand darf gezwungen sein, sich durch das Erschleichen von Leistungen zu kriminalisieren."</u></p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-C-72-1	72 - 74	Tilo Stock (KV München)	<ul style="list-style-type: none"> Fahren-ohne-Ticket muss entkriminalisiert werden. Es darf höchstens als Ordnungswidrigkeit gewertet werden, vergleichbar mit einem Bußgeld, das sich am verbotenen Parken auf Behindertenparkplätzen orientiert. Wir setzen uns für die sofortige Schaffung kostenloser Sozialtickets für Beziehler von Sozialleistungen und für Menschen in Armut ein. Niemand darf gezwungen sein, sich durch das Erschleichen von Leistungen zu kriminalisieren. 	Erledigt sich bei Annahme von L1-C-1-1
L1-C-184-1	184	Christian Wiedemann (KV München)	<p>zerbrechen, dafür setzen wir uns ein. In den Heilberufen des Gesundheits- und Pflegewesens besteht zudem ein langanhaltender Innovationsstau. Die Zentrierung auf die Medizin muss überwunden und die Kompetenzen der anderen Heilberufe muss zugelassen und weiterentwickelt werden. Dies beinhaltet einen weiteren Ausbau der Teil- und Vorkademisierung dieser weiteren Heilberufe.</p>	
L1-C-631-1	631	Kreisverband Erlangen/Erlangen-Höchststadt	<ul style="list-style-type: none"> Bayern muss hinsichtlich Mobilität und Zugänglichkeit von öffentlichen Gebäuden endlich barrierefrei werden. 	
L1-C-687-1	687 - 703	Kreisverband Erlangen-Höchststadt	<p>Zeilen 687 - 689 ersetzen durch:</p> <p>Menschen mit Behinderungen haben nicht nur ein Anrecht auf Arbeit, sie leisten auch einen wertschöpfenden Beitrag zum Arbeitsleben. Wir sprechen von Ressourcen, die u. a. den Fachkräftemangel entlasten helfen.</p> <p>Um die Potenziale von Menschen mit Behinderungen für den Arbeitsmarkt zu erschließen, bedarf es einer Infrastruktur, die für Betriebe und Betroffene erforderliche Unterstützung zur Verfügung stellt.</p>	

- Wir fordern die Beendigung der finanziellen Ausbeutung in Behindertenwerkstätten – Mindestlohn muss für alle gelten.
- Wir wollen die Förderung von Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten.
- Wir wollen Förderprogramme, die begleitende Dienstleistungsangebote für Betriebe und Betroffene entwickeln oder verbessern
- Wir wollen den Ausbaustop und den bedarfsgerechten Rückbau von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- Wir wollen das Budget für Arbeit flächendeckend bewerben und dessen Umsetzung fördern
- Wir wollen Inklusion als Vergabekriterium öffentlicher Aufträge
- Wir wollen eine nachhaltige Förderung von Dienstleistungen für Betriebe zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen

Wir fordern, Schluss mit dem Freikauf durch Ausgleichszahlungen. Was aktuell noch an Ausgleichszahlungen anfällt, soll ausschließlich zur Förderung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Bayern genutzt werden dürfen

Wir wollen die Zukunft der Inklusion im Arbeitsleben. Arbeit ist für Menschen mit Behinderungen sinnstiftend, unterhaltssichernd und ermöglicht Selbstbestimmung. Wir setzen uns für eine gleichberechtigte Teilhabe ein. Für die Umsetzung müssen sowohl Betroffene, als auch Betriebe gefördert werden.

Die Forderungen wurden gemeinsam mit einem örtlichen Aktiven und Betroffenen in der Inklusion ergänzt/verändert oder umstrukturiert. So sollen sie konkreter werden.

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-D-9-1	9 - 11	Ortsverband München Mitte-West, und Weitere	<ul style="list-style-type: none"> Wir fordern ein Ende der Abschiebungen und einen Stopp der Ausreiseverpflichtungen Geflüchteter in Bayern sowie die Abschaffung von Abschiebehaff und Nachtabschiebungen. <u>Wir fordern das Ende von Abschiebungen und einen Stopp der Ausreiseverpflichtung Geflüchteter in Bayern.</u> 	Übernahme durch Landesvorstand
L1-D-15-1	15 - 16	Ortsverband München Mitte-West, und Weitere	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen ein dauerhaftes Bleiberecht statt „Kettenduldungen“, spätestens nach drei Jahren. 	
L1-D-85-1	85 - 249	Ortsverband München Mitte-West, und Weitere	<ul style="list-style-type: none"> Siehe Anlage 1 	
L1-D-502-1	502 - 506	LAG Klima-gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> <u>Die Zeilen 502 - 506 werden ersetzt durch:</u> Die Landwirtschaft ist Grundlage für alle weiteren Aspekte der Gesellschaft, denn ohne Landwirtschaft produzieren wir keine Nahrungsmittel. Doch aktuell stellt die kapitalistische Produktionsweise vieler Lebensmittel eine ebenso große Gefahr für die Gesellschaft dar. Der enorme Flächenverbrauch, die Trinkwasserverschmutzung und die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft werden notorisch ausgeblendet. <u>Hauptsächlich hierfür ist die industrielle Massentierhaltung.</u> <p><u>Wir fordern:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <u>Weg von Großkonzernen, hin zu bäuerlichen Strukturen.</u> <u>Haltungsbedingungen müssen verbessert werden, dafür wollen wir den Schlüssel der Tiere pro Fläche stark reduzieren.</u> 	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
			<ul style="list-style-type: none"> • <u>Weg von der industriellen Landwirtschaft hin zu einer ökologischen.</u> • <u>Lebensmittelverschwendung muss beendet werden.</u> • <u>Landwirtschaftliche Flächen müssen in öffentlicher Hand bleiben.</u> • <u>Auch die Forstwirtschaft muss von der aktuellen industriellen Produktion zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung umgebaut werden.</u> • <u>Ein Ende der Tierversuche und mittelfristig ein Ende von Tieren in Zirkus.</u> 	
			<p><u>Im Grunde ist unser Ansatz unsere Nahrungsmittelproduktion zukunftsfähig zu machen sehr simpel:</u></p>	
			<p><u>Anstatt die Nahrungsmittelproduktion den Großkonzernen zu überlassen - in Deutschland haben 4 Konzerne einen Anteil von 85% am Lebensmittelmarkt - wollen wir zurück zu einer kleinbäuerlichen Struktur im Einklang mit der Natur. Aber nicht nur die Größe der Konzerne ist ein Problem, auch die Gestaltung der Lieferketten, die um Profite zu maximieren auf den Import & Export ausgerichtet sind (Deutschland ist drittgrößte Schweinefleischexporteur der Welt) und - wo immer möglich - Arbeiter:innen durch unmenschliche Arbeitsbedingungen ausbeuten. Das bekannteste Problem liegt wohl in den Schlachthöfen vor.</u></p>	
			<p><u>Wir müssen stattdessen zu einer Landwirtschaft, die Regionaler ist und die sich an der einheimischen Nachfrage orientiert. Dafür muss die aktuelle Subventionspolitik der EU grundlegend umgewälzt werden und sich an den Transportwegen und der Nachhaltigkeit der Anbaumethoden orientieren, statt die Subventionen nach Fläche auszus zahlen.</u></p>	
			<p><u>Die Haltung von Tieren in industriellen Tierfabriken ist das Gegenteil von artgerecht und führt durch die große Konzentration an Lebewesen an einem Ort teilweise zur gesundheitsbedrohlichen Wasserverschmutzung und erhöht das Seuchenrisiko außerordentlich. Um Ausbrüche weiterer Zoonosen wie z.B. Corona oder die Vogelgrippe zu vermeiden, muss diese Praxis umgehend beendet werden.</u></p>	
			<p><u>Dafür fordern wir einen Schlüssel von 1.5 Großvieheinheiten pro Hektar, sowie Bestandsobergrenzen für jeden Hof. Diese Maßnahmen reduzieren auch den Tierbestand allgemein, was zu einer Reduktion der Wasserverschmutzung, Emissionen, Flächenverbrauch, Transport und Antibiotika führt und das Tierwohl verbessert.</u></p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
--------	-------	------------------	------------	------------

Patente auf Saatgut, Nutztiere und Pflanzensorten lehnen wir konsequent ab, da dies nur die Profite der Großkonzerne befeuert und eine große Gefahr für die Vielfalt unserer Nahrungsmittel darstellt.

Statt wie bisher auf Monokulturen zu setzen, die massiv auf Pflanzenschutzmittel und Dünger angewiesen sind, wollen wir hin zu einer ökologischen Landwirtschaft. Das beinhaltet für uns ein Verbot von Pestiziden, die Natur, Tier oder Menschen schaden, z.B. Glyphosat oder Neonicotinoide.

Genauso ist es notwendig die Bewirtschaftung hin zur Zwischenfruchtanbau oder Permakulturen, verbesserte Fruchtfolgen und klimaschonenden Anbaukulturen, z.B. Nutzhanf zu legen.

Die wissenschaftlichen Grundlagen für ökologische Landwirtschaft müssen ausgebaut werden.

Um einen Umstieg unserer Nahrungsmittelproduktion zu unterstützen, werden bis 2030 100% der Außenhausverpflegung (Mensa, Schulkantine, Krankenhäuser, etc.) aus der Region kommen und den oben genannten ökologischen Ansprüchen entsprechen. Diese Versorgung wird kostenfrei sein.

Um den Umbau sozial abzufangen, wird es für diese Lebensmittel Abnahmegarantien und Mindestpreise geben, um die Transformation sozial zu sichern.

Genauso problematisch wie die Produktionsweise der industriellen Nahrungsmittelkonzerne ist der Umgang mit Lebensmitteln entlang und am Ende der Lieferkette. Jedes Jahr produzieren wir im Durchschnitt 160-180 kg pro Kopf an Lebensmittelabfällen.

Eine krasse Verschwendung in steigendem Hunger in der Welt, der Flächenkonkurrenz und den Auswirkungen auf das Klima.

Wir wollen Containern sofort entkriminalisieren, das Wegwerfen von verzehrbaren Lebensmitteln verbieten und eine Verpflichtung der kostenfreien Abgabe von genießbaren, aber unverkäuflichen Lebensmitteln an Einrichtungen.

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
			<p>Die öffentlichen Landwirtschaftlichen Flächen müssen in der öffentlichen Hand bleiben und nach sozial-ökologischen Gesichtspunkten verpachtet werden. Flächen dürfen nicht an Investoren verkauft werden, die nichts mit der Landwirtschaft zu tun haben und die Flächen nur als Anlageobjekte missbrauchen.</p>	
			<p>Um die Flächenkonflikte weiter aufzulösen, setzen wir uns dafür ein, dass <u>Flächendoppelnutzungen, wie Agri-Photovoltaik oder Agroforstwirtschaft zum Normalfall werden.</u></p>	
			<p>Auch die Forstwirtschaft wird von der Regierung sträflich vernachlässigt. Wir streben eine Wende hin zu einer dynamischen, naturgemäßen Waldbewirtschaftung von Mischwäldern an. Außerdem setzen wir uns für ein Ende der Hobby-Jagd ein.</p>	
			<p><u>In der Forschung sind wir gegen den Einsatz von Tieren. Die Forschung an und die Förderung von alternativen Methoden wollen wir priorisieren. Außerdem setzen wir uns für eine tierversuchsfreie Ausbildung an bayerischen Universitäten ein. Um den Tierschutz den Raum zu geben, den er verdient, wollen wir das Verbandsklagerecht für den Tierschutz ermöglichen, damit der Tierschutz auch tatsächlich durchgesetzt werden kann.</u></p>	
			<p><u>Ebenso setzen wir uns mittelfristig für einen tierfreien Zirkus und gegen das Halten von Tieren zum Zweck der Unterhaltung ein.</u></p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
			<p><u>Patente auf Saatgut, Nutztiere und Pflanzensorten lehnen wir konsequent ab, da dies nur die Profite der Großkonzerne befeuert und eine große Gefahr für die Vielfalt unserer Nahrungsmittel darstellt. Statt wie bisher auf Monokulturen zu setzen, die massiv auf Pflanzenschutzmittel und Dünger angewiesen sind, wollen wir hin zu einer ökologischen Landwirtschaft. Das beinhaltet für uns ein Verbot von Pestiziden, die Natur, Tier oder Menschen schaden, z.B. Glyphosat oder Neonicotinoide. Genauso ist es notwendig die Bewirtschaftung hin zur Zwischenfruchtanbau oder Permakulturen, verbesserte Fruchtfolgen und klimaschonenden Anbaukulturen, z.B. Nutzhanf zu legen. Die wissenschaftlichen Grundlagen für ökologische Landwirtschaft müssen ausgebaut werden. Um einen Umstieg unserer Nahrungsmittelproduktion zu unterstützen, werden bis 2030 100% der Außenhausverpflegung (Mensa, Schulkantine, Krankenhäuser, etc.) aus der Region kommen und den oben genannten ökologischen Ansprüchen entsprechen. Diese Versorgung wird kostenfrei sein. Um den Umbau sozial abzufangen, wird es für diese Lebensmittel Abnahmegarantien und Mindestpreise geben, um die Transformation sozial zu sichern.</u></p>	
			<p><u>Genauso problematisch wie die Produktionsweise der industriellen Nahrungsmittelkonzerne ist der Umgang mit Lebensmitteln entlang und am Ende der Lieferkette. Jedes Jahr produzieren wir im Durchschnitt 160-180 kg pro Kopf an Lebensmittelabfällen. Eine krasse Verschwendung in steigendem Hunger in der Welt, der Flächenkonkurrenz und den Auswirkungen auf das Klima.</u></p>	
			<p><u>Wir wollen Containern sofort entkriminalisieren, das Wegwerfen von verzehrbaren Lebensmitteln verbieten und eine Verpflichtung der kostenfreien Abgabe von genießbaren, aber unverkäuflichen Lebensmitteln an Einrichtungen.</u></p>	
			<p><u>Genauso problematisch wie die Produktionsweise der industriellen Nahrungsmittelkonzerne ist der Umgang mit Lebensmitteln entlang und am Ende der Lieferkette. Jedes Jahr produzieren wir im Durchschnitt 160-180 kg pro Kopf an Lebensmittelabfällen.</u></p>	
			<p><u>Eine krasse Verschwendung in steigendem Hunger in der Welt, der Flächenkonkurrenz und den Auswirkungen auf das Klima.</u></p>	
			<p><u>Wir wollen Containern sofort entkriminalisieren, das Wegwerfen von verzehrbaren Lebensmitteln verbieten und eine Verpflichtung der kostenfreien Abgabe von genießbaren, aber unverkäuflichen Lebensmitteln an Einrichtungen.</u></p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1-	681 -	Maximilian Arnold	<ul style="list-style-type: none"> • Zeilen 681 - 695 ersetzen durch 	
D-681-1	694	(KV Augsburg)		<p><u>Als konsequente Friedenspartei verurteilen wir den russischen Angriff auf den Frieden in Europa und die Invasion in die Ukraine. Wir stehen selbstverständlich solidarisch zu allen Opfern von Kriegen weltweit und für ein Ende aller Kriege – in der Ukraine, aber auch im Jemen, in Mali, in Syrien. Nur eine gewaltfreie Welt bietet die Voraussetzung für eine internationale Entwicklung gegen Armut, Hunger und Klima. Nur durch Frieden können Menschenrechte (auch die sozialen) umgesetzt werden. An die Stelle von Kriegshandlungen müssen Verhandlungen treten. Konflikte bedürfen der politischen, diplomatischen und absolut zivilen Regulierung. Nur Entspannungspolitik und damit verbundene gemeinsame Abrüstung sowie gegenseitige Sicherheitsgarantien gewähren Sicherheit. Wir lehnen es ab, dass 100 Milliarden in Rüstung gesteckt werden ohne dass klar ist, wofür das Geld ausgegeben werden soll. Wir stehen für eine tiefgreifende Bundeswehrreform. Ein neues Zeitalter des kalten Krieges, atomare Teilhabe, Wirtschaftskrieg und das Befeuern einer Aufrüstungsspirale kann nur in den Abgrund führen. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen globalen Machtblöcken erhitzen sich bis zum Siedepunkt. In dieser Auseinandersetzung hat die überwiegende Mehrheit der Menschen weltweit nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, sie sind die Leittragenden der Konfrontation.</u></p>

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L1- D-707-1	707 - 710	Maximilian Arnold (KV Augsburg)	<ul style="list-style-type: none"> Von Bayern ausgehend stoßen wir Initiativen für europaweite Städte-Kommunikation zur Förderung von Solidarität und Verständnis an, sowie die Förderung des Programms „Mayors for peace“. Wir wollen mehr Städtepartnerschaften als Brücken des Friedens in alle Welt. 	
L1- D-711-1	711 - 715	Maximilian Arnold (KV Augsburg)	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen mittelfristig Sicherheitsbasen schaffen eine Initiative der Landesregierung für die Schließung der US-Kasernen und Militärstützpunkte in Ansbach, Ansbach-Katterbach, Garmisch, Grafenwöhr, Hohenfels, Illesheim und Vilseck sowie eine Stilllegung der Truppenübungsplätze Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken, die, von der NATO und der US-Army genutzt werden aus verbündete Streitkräfte im Spannungsfall agieren können. Sobald es diese gibt, wollen wir US-Kasernen und Militärstützpunkte Stück für Stück zurückbauen. 	
L1- D-737-1	737 - 740	Maximilian Arnold (KV Augsburg)	<p>Jeder Euro, der durch Krieg verdient oder für Wenngleich es aktuell aufgrund des russischen Angriffs auf den Krieg ausgegeben wird, ist einer zu viel, denn er bringt nichts als Leid, Tod und Umwelterstörung. Frieden in Europa nicht möglich ist, fordern wir mittelfristig, dass Bayern als eines der führenden Bundesländer bei Waffenexporten ist hier besonders gefragt, eine Kehrtwende einzuleiten, die ein Wirtschaften für Mensch und Umwelt statt für Elend und Krieg</p>	

Antrag	Zeile	Antragsteller*in	Änderungen	Empfehlung
L2-430-1	430	Ortsverband München Mitte- West, und Weitere	<p>voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt. <u>Außerdem treten wir dafür ein, dass die kirchlichen Träger dazu verpflichtet sind, sich an das Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz zu halten - Diskriminierung darf in keinem Beschäftigungsverhältnis einen Platz haben.</u></p>	

Antrag L1-D-85-1: Ersetzungsantrag Kapitel 13

Änderungsantrag zu L1-D

Antragsteller*in:	Ortsverband München Mitte-West, und Weitere
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	L - Leitanträge und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
Schlagwörter:	Sitzungsmappe, Antragsheft 3
Antragsblock:	Landtagswahlprogramm

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zeile 85 - 86

85 **13. Die Demokratie ~~verteidigen, offensiv gegen-~~**
86 **~~Menschenfeindlichkeit~~stärken**

Zeile 87

87 **~~Antifaschismus – wehret den Anfängen!~~Rechten Terror und Gewalt stoppen**

Zeile 88 - 92

88 ~~Die rechtsextremen Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche-~~
89 ~~Gefahr von rechts schmerzhaft gezeigt. Auch in Bayern zeigt~~Die extreme Rechte hat die
Schwelle zum Terror längst überschritten. Die Liste rechter Attentate allein aus den letzten
zwei Jahren ist lang. Rechte begehen Mordanschläge auf Migrant*innen, Menschen jüdischen
und muslimischen Glaubens, Linke und andere Andersdenkende; die Sicherheitsbehörden
erweisen sich immer wieder, ~~dass-~~
90 ~~sich unsere Gesellschaft gefährlich nach rechts entwickelt hat~~ als unfähig, die Täter*innen zu
fassen. Das beweist
91 ~~insbesondere auch~~ hat in Bayern eine schreckliche Tradition, vom Attentat auf das massive-
~~Erstarken der Reichbürgerzene in Bayern. Die-~~
92 ~~demokratische Mehrheit muss~~ Münchner Oktoberfest bis zu den Morden des NSU. Bayern hat
spätestens seit den Achtzigerjahren eine erschreckende rechtsterroristische Kontinuität. Die
Täter*innen werden durch ein gesellschaftliches Klima ermutigt, in dem ~~Einhalt gebieten!~~der
Wert von Menschenleben infrage gestellt wird. Der Weg zu Bluttaten beginnt mit Hetze im

Alltag.

Zeile 93

93 Rechte Gruppen und Parteien versuchen, Ängste und Nöte der Menschen angesichts der Folgen neoliberaler Politik zu bedienen. Sie lenken ab von sozialen Kämpfen für bessere Löhne und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und deuten sie in ethnische, religiöse und kulturelle Konflikte um, bekämpfen die Gleichberechtigung der Geschlechter und sexuelle Vielfalt. Und sie verbreiten antisemitische Verschwörungstheorien. Weil die Verfassungsschutzbehörde dem Schutz von Informanten*innen Vorrang einräumt, behindert sie immer wieder polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung – und baut extrem rechte Strukturen sogar mit auf. Aufklärung und Widerstand gegen rechts wird von anderen geleistet: Meist sind es ehrenamtlich organisierte Projekte der Zivilgesellschaft und Antifa-Initiativen, die Aufklärungsarbeit betreiben, Solidarität praktisch erlebbar machen und dahin gehen, wo es weh tut. Dafür werden sie von Konservativen als »Nestbeschmutzer« beschimpft, ihnen werden öffentliche Gelder entzogen und sie werden als »Linksextremisten« kriminalisiert. Die AfD versucht, missliebige Vereine und Akteure der Zivilgesellschaft bis hin zu Landeszentralen für politische Bildung zu diskreditieren. Konservative fordern, Grundrechte einzuschränken, und (noch) mehr Befugnisse für die Sicherheitsbehörden. Offensichtlich gibt es dort aber kein Defizit an Informationen, Ausrüstung und Befugnissen – wohl aber ein Haltungsproblem.

Zeile 94 - 95

- 94 • **Antifaschismus ist für uns das Versprechen der unangetasteten Gleichwertigkeit**
95 **sowie der Freiheit aller Menschen.**
- die AfD auf der Straße und in den Parlamenten zu stoppen.
 - Politik muss Ursachen bekämpfen und aufklären
 - soziale Sicherheit schaffen statt Ängste zu schüren
 - Armut und Niedriglöhne überwinden,
 - die extreme Rechte zurückdrängen,
 - die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben,
 - soziale Sicherheit schaffen und
 - die antifaschistischen Grundwerte mit allen demokratischen Mitteln verteidigen.

- Mobile Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus ins Leben zurufen
- Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen zu stärken und langfristig finanziell zu unterstützen. Dabei keinen Kooperationszwang mit Polizei und dem Verfassungsschutz geben.

Zeile 96 - 97

- 96 • ~~Es gilt alle Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die dies infrage~~
97 ~~stellen, abzuwehren.~~
- Verfassungsschutz durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzen! Die Verfassungsschutzbehörde ist ein Inlandsgeheimdienst. Er ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Er muss durch eine unabhängige »Beobachtungsstelle Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ersetzt werden. Sie soll Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus, religiösen Fundamentalismus, Antifeminismus, die Hetze gegen nichtbinäre, nicht-heterosexuelle Menschen, gegen Obdachlose und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachten und darüber aufklären. Als erster Schritt muss das V-Leute-System des bayerischen Verfassungsschutzes und seine Verstrickungen mit der extremen Rechten aufgedeckt und beendet werden.

Zeile 98 - 101

- 98 • ~~Für alle Menschen, gleich welche Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder~~
99 ~~zugeschriebenen sozialen Identität, wollen wir gleiche politische und soziale~~
100 ~~Rechte sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder~~
101 ~~vorurteilgeleiteter Diskriminierung erreichen.~~
- Den Rechten den sozialen Nährboden entziehen! Rechte Politik macht sich vereinfachte, unterkomplexe Erklärungen und Fake News, also Lügen, zu Nutze, um in der Bevölkerung Angst und Hass auf Minderheiten zu schüren, Feindbilder zu schaffen und ihren Anhängern das Gefühl zu geben, einer (besonderen) Gruppe anzugehören. Die Zustimmung zu rechter Politik baut auf Rassismus und der Erfahrung auf, dass Interessen nur gegen andere durchgesetzt werden können. Dass die Regierung den rechten Forderungen bei Flucht und Asylrecht nachgegeben hat, hat die extreme Rechte stärker gemacht, nicht schwächer. Dagegen braucht es eine soziale Politik für alle Menschen. Mit gleichen Rechten für alle und massiven Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die eine Gesellschaft zusammenhält – bezahlbarer Wohnraum, kostenfreier ÖPNV, gute Gesundheitsversorgung, Arbeit und

Bildung.

Zeile 102

102

- Entwaffnung der extremen Rechten und Ermittlungsschwerpunkte für rechten Terror! Ermittlungsschwerpunkte beim Landeskriminalamt und einer Schwerpunktstaatsanwalt müssen die Vernetzung der militanten Naziszene, insbesondere entsprechende Netzwerke bei der Polizei stärker in den Blick nehmen. Sie dürfen Fälle rechter Gewalt nicht mehr als Einzelfälle verharmlosen. Reichsbürgern und Neonazis muss endlich die waffenrechtliche Erlaubnis entzogen werden.

Zeile 103 - 105

103 ~~Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, Menschlichkeit, Antisemitismus,~~

104 ~~Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer~~

105 ~~antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.~~

- Es ist die Verantwortung aller demokratischen Kräfte, Menschlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus offensiv entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens.

Zeile 106 - 109

106 ~~Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen:~~

107 ~~NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche~~

108 ~~gewalttätige Übergriffe auf Black and People of Colour, Jüdinnen und Juden, Muslime~~

109 ~~und Muslima, Geflüchtete, Linke, LGBTIQ*, Feministinnen.~~

- Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu beklagen: NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus, zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf Black and People of Colour, Jüdinnen und Juden, MuslWir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt, um der auf Vertreibung gerichteten Intention der Täter*innen entgegenzutreten, und verurteilen die Angriffe auf Moscheen, Synagogen sowie andere sakrale oder symbolische Orte. Auch linke Menschen und Strukturen geraten immer wieder in den Fokus rechter Angriffe. Wir stehen zusammen und sind solidarisch mit Opfern rechter Gewalt und ihren Angehörigen. Sie müssen besser und langfristig unterstützt werden.ime und Muslima, Geflüchtete, Linke, LGBTIQ*, Feministinnen.

Zeile 110 - 112

110 ~~Rechte Hetze auf den Straßen, in den Parlamenten und im digitalen Raum machen~~
111 ~~deutlich: ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische Tendenzen konsequent~~
112 ~~erkennt, benennt und bekämpft, war noch nie so notwendig wie heute.~~

- Demokratisierung der Sicherheitsbehörden!

Es braucht eine wissenschaftliche Untersuchung extrem rechter Einstellungen und rassistischer Praktiken bei der bayerischen Polizei. Gegen Rassismus und Korpsgeist bei der Polizei sind eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle auf Landesebene, eine Kennzeichnungspflicht, eine Überarbeitung der Ausbildung sowie Seite 3 von 9 Rotationsmodelle für geschlossene Einheiten nötig. Rassistische, antisemitische, homo- und transfeindliche, sowie sexistische Ansichten müssen auch in den Behörden aktiv bekämpft werden.

Zeile 113 - 116

113 ~~Gesellschaftliche Umsturzfantasien, massiv steigende, oft antisemitisch besetzte~~
114 ~~Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, Überfälle auf~~
115 ~~Menschen, die zu den Feindbildern von Nazis gehören: Dies alles zeigt, wie notwendig~~
116 ~~umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie zu schützen und zu stärken!~~

- Wir fordern die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zum Rechtsterrorismus konsequent umzusetzen und die Aufklärung fortzusetzen und die lange Geschichte rechtsterroristischer Strukturen in Bayern sowie die Verantwortung staatlicher Stellen aufzuarbeiten. Alle NSU-Akten müssen endlich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden

Zeile 117 - 120

117 ~~Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden~~
118 ~~sein können. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische Demonstrationen und~~
119 ~~sonstige rechte Aktivitäten dürfen nicht durch polizeiliche oder sonstige staatliche~~
120 ~~Maßnahmen behindert oder verhindert werden.~~

- Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Landtag vorantreiben, Druck machen für die Freigabe der Akten der Geheimdienste u. a. zum Oktoberfest-Attentat und zum NSU-Komplex und unabhängige Recherche weiterhin nach Kräften unterstützen. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen.

Zeile 0 - 121

0

Erinnerungskultur

- Wir setzen uns für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein, um das Gedenken an die Opfer von damals und heute zu bewahren. Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom Faschismus endlich in Bayern ein Feiertag werden.

Zeile 122 - 127

~~122 Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und uns für deren
123 Finanzierung einsetzen. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeuginnen
124 und Zeitzeugen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die
125 Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald
126 weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür
127 alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.~~

- Die politische Bildung an den Schulen sowie kritische Sozialwissenschaften an den Hochschulen wollen wir stärken. Deutschland hat wegen der beispiellosen Verbrechen der Deutschen an jüdischen Menschen und an Sinti*zze und Rom*nja wegen der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und der Verbrechen an den Völkern Europas – besonders an Polen und den Völkern der Sowjetunion – an politisch Andersdenkenden, behinderten Menschen und Homosexuellen – eine besondere Verantwortung und muss jeder Art von Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem und anderem Rassismus und Sexismus entgegentreten.

Zeile 128 - 130

~~128 – Wir setzen uns dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären.
Unser Ziel ist es, den Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu
begehen.–~~

- Die Rechte von Minderheiten stärken
Wir fordern landespolitische Grundsätze zur Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der ethnischen Minderheiten sowie Minderheitenschutz in den Bildungseinrichtungen.

Zeile 131 - 133

~~131 – Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um gegen rechte, rassistische, antisemitische und diskriminierende Aktivitäten und Äußerungen von Bediensteten im Staatsdienst vorzugehen.~~

- Wir stehen dafür, Institutionen und Projekte zu Erhalt, Pflege und Entwicklung der Minderheitensprachen und -kulturen finanziell gemäß den gewachsenen Aufgaben auszustatten.

Zeile 134 - 139

~~134 Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter ausbauen,
135 insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen und im Bereich der
136 Erwachsenenbildung. Mit intensiveren Antiradikalisierungsmaßnahmen für jene, die sich
137 dem gewaltorientierten Islamismus zuwenden, einschließlich derer in Haftanstalten,
138 wollen wir versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen und Anhänger zu
139 entziehen.~~

- Wir setzen uns dafür ein, die Sinti*zze und Rom*nja zu schützen und zu fördern. Wir setzen uns für die Fortsetzung der gesellschaftlichen Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte der Sinti*zze und Rom*nja während der NS-Zeit ein. Wir unterstützen Maßnahmen gegen Antiziganismus sowie zur Stärkung der Teilhabe von Sinti*zze und Rom*nja und wollen den gesellschaftlichen Beitrag der Minderheit in Bayern umfassender vermitteln, um der strukturellen Ungleichheit und der tief sitzenden Ablehnung gegenüber der Minderheit entgegenzuwirken.

Zeile 140

~~140~~

- Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und uns für deren Finanzierung einsetzen. Dies gilt umso mehr, als dass es immer weniger Zeitzeug*innen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, die Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von Buchenwald weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende Wissensvermittler, denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden muss.

Zeile 141

~~141 Landesantidiskriminierungsgesetz~~ Sicherheit für alle statt Überwachungsstaat. Weg

mit dem PAG.

Zeile 142 - 144

~~142 – Wir fordern ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die Lücken des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließt und insbesondere bestehende Diskriminierung durch hoheitliches Handeln beseitigt.~~

Der bayerische Innenminister fordert bei jeder Gelegenheit Gesetzesverschärfungen und die Einschränkung von Grundrechten. Gegipfelt sind diese Einschränkung durch die Novellierung des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes. Diese Sicherheitspolitik verwaltet die Probleme, anstatt sie zu lösen. Genutzt hat das vor allem dem Machtstreben der Konservativen und den Profiten der Sicherheitsbranche. Die herrschende Sicherheitspolitik ist ungerecht. Sie trifft Menschen mit wenig Geld und ohne Lobby härter. Ersatzfreiheitsstrafen für kleine Delikte wie Fahren ohne Fahrschein bringen jedes Jahr Tausende Menschen ins Gefängnis. Kontrollen von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung werden hingegen heruntergefahren – die Großen lässt man laufen. Spaltung und Aggression werden verstärkt.. Mehr Sicherheit gibt es nicht durch die Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten, sondern durch Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt. Der Vollzug bestehenden Rechts und die Abwendung von Gefahren müssen ebenso gewährleistet sein wie der Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte – für alle! Wir wollen deshalb einen Politikwechsel – weg von der einseitigen Fokussierung auf repressive Maßnahmen und Symbolpolitik hin zum umfassenden Ansatz einer demokratischen Sicherheitspolitik, die Grundrechte schützt, Prävention stärkt, soziale Sicherheiten ausbaut, in das Öffentliche investiert und die Sicherheitsbehörden demokratisiert. Wir wollen staatliche Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung zurückdrängen und durch zivilgesellschaftliche Prävention und Kooperation ersetzen.

Zeile 145 - 146

~~145 – Wir fordern eine kontinuierliche und gesicherte Förderung von Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit sowie die Unterstützung von Freiräumen.~~

- Grundrechte umfassend durchsetzen! Es braucht ein wirksames Antidiskriminierungsrecht, das sich am Berliner Antidiskriminierungsgesetz orientiert. Wir stellen uns gegen rechte Kampagnen, die Minderheiten zu kriminalisieren versuchen und soziale Probleme in ethnische bzw. kulturelle Konflikte umdeuten wollen.

Zeile 147

147

- Mehr Sicherheit durch mehr Beteiligung! Wir wollen eine Sicherheitspolitik, die keine autoritäre Schlagseite hat, sondern alle Betroffenen miteinbezieht. Im Pandemiefall braucht es in Zukunft etwa Pandemie- und Gesundheitsräte, die bundesweit und kommunal die Zivilgesellschaft in all ihrer Vielfalt in Umsetzung und Konzeption von Infektionsschutzmaßnahmen einbeziehen.

Zeile 148 - 159

~~148 Wir wollen Jugendliche und junge Erwachsene präventiv gegen menschenverachtende
149 Ideologie stärken. Die Auseinandersetzung mit diskriminierenden Positionen soll von
150 der Schule bis zur Erwachsenenbildung ausgebaut und gefördert werden. Weiter sollen
151 ein Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und mindestens die
152 Beweislast erleichterung für die von Diskriminierung Betroffenen enthalten sein. Wir
153 fordern, dass Antirassismusbeauftragte als Ansprechpersonen für Betroffene von
154 Rassismus und Diskriminierung und für öffentliche Einrichtungen einsetzen. Beratungs-
155 und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache, Desinformation und
156 Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken für Schulen, in der Jugendarbeit und
157 der Erwachsenenbildung, weil soziale Medien als Verstärker von rassistischen,
158 neonazistischen, islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien
159 dienen.~~

- Die Verhältnismäßigkeit wahren! Bagatelldelikte wie »Fahren ohne Fahrschein« und »Containern« sowie opferlose Vergehen wie Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz oder »illegale Einreise« müssen endlich entkriminalisiert werden. Ersatzfreiheitsstrafen für Geldstrafen sind sozial ungerecht, sie gehören abgeschafft!

Zeile 0 - 160

0

Direkte Demokratie

- Rechtsstaat stärken! Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie. Durch ihre Intransparenz und den Vorrang des Informant*innen-Schutzes behindern sie polizeiliche Ermittlungen und juristische Aufklärung. Dabei ist Abwehr von Gefahren Aufgabe einer demokratisch kontrollierten Polizei. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz abschaffen und ihn durch eine Beobachtungsstelle »Autoritarismus und gruppenbezogene

Menschenfeindlichkeit« ersetzen. Als Erstes muss der Einsatz von V-Leuten beendet werden

Zeile 161 - 162

~~161 Wir werden die Diskussion um die Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in Bayern~~

~~162 parlamentarisch und außerparlamentarisch vorantreiben.~~

- Datenschutz wirksam machen! Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Onlinedurchsuchungen (»Staatstrojaner«), nichtindividualisierte Funkzellenabfrage, allgegenwärtige Videoüberwachung, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung.

Zeile 163

~~163 – Wir unterstützen die Forderung der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre.~~

- Sicherheit ist eine öffentliche Aufgabe! Die Privatisierung von Sicherheit durch private Sicherheitsdienste, »Schwarze Sheriffs« usw. wollen wir verhindern bzw. rückgängig Seite 5 von 9 machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.

Zeile 164 - 168

~~164 Um die direkte Demokratie weiterzuentwickeln, muss die Begrenzung des~~

~~165 Haushaltsvorbehalts bei Volksbegehren aufgehoben werden. Wer die direkte Demokratie~~

~~166 in Bayern voranbringen will, muss die Zulässigkeit von Volksbegehren und~~

~~167 Volksentscheiden erweitern und darf diese nicht auf in „kostenfreie“ Gesetze~~

~~168 begrenzen.~~

- Gewalt stoppen – Opfer schützen! Um die Gewalt gegen Frauen und Kinder zu bekämpfen braucht es endlich eine Vollfinanzierung von Frauenberatungsstellen und - notrufen, ausreichend Frauenhausplätze und Präventionsprogramme für gewalttätige Männer

Zeile 169 - 173

~~169 Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie zeigen, dass die Stärkung benachteiligungs–~~

~~170 und barrierefreie Beteiligung – und Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die Anwendung~~

~~171 moderner und nutzerfreundlicher elektronischer Formen (E-Democracy) dringend~~

~~172 ausgebaut werden muss. Hier sind nicht nur die Verwaltungen auf Landesebene und in~~

~~173 den Kommunen gefordert, sondern auch Schulen und Rundfunkanstalten.~~

- Waffenbesitz erschweren! Waffen- und Munitionsbesitz sollen strenger reglementiert werden. Gewalttäter*innen müssen konsequent mit einem Waffenverbot belegt werden.

Zeile 0 - 174

0

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

- Für eingriffsintensive Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Leibesvisitationen, Telekommunikationsüberwachung u. ä. wollen wir eine Entschädigung, wenn sie sich im Nachhinein als rechtswidrig oder missbräuchlich herausstellen.

Zeile 0 - 184

0

~~Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Entwicklung ländlich geprägter~~

1

~~Regionen und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt uns besonders am-~~

2

~~Herzen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies eine besondere-~~

3

~~Herausforderung. Bayern hat den Grundsatz der „Gleichwertigkeit der-~~

4

~~Lebensverhältnisse“ (Art. 3 der Bayerischen Verfassung) bis heute nicht annähernd-~~

5

~~umgesetzt. Die einzelnen Regionen Bayerns zeigen ein deutliches Auseinanderklaffen-~~

6

~~hinsichtlich der Lebensverhältnisse. Hierzu soll zunächst der Schlussbericht der-~~

7

~~Enquetekommission aus der 17. Legislaturperiode evaluiert werden und,~~

Die Arbeitsbedingungen für viele Polizist*innen sind von Belastungen und Überstunden geprägt.
Das wollen wir ändern und Arbeitsbedingungen verbessern. Im Rechtsstaat muss die Polizei zur
Abwehr konkreter Gefahren und zur Straftatenbekämpfung
unter

8

~~Einbeziehung außerparlamentarischen Sachverständs, konkrete Maßnahmen entwickelt~~

9

~~werden, um tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern herzustellen.~~
strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes beschränkt sein.

Zeile 0 - 185

9

~~Abschaffung des Verfassungsschutzes~~

Die dokumentierten Fälle von Diskriminierung durch die Polizei haben sich 2019 verdoppelt –
eine strafrechtliche Verfolgung findet kaum statt. Übergriffe werden selten angezeigt und noch
seltener angeklagt. Vielfach werden Einsatzstrategien angewandt, die einer Demokratie
widersprechen. So entsteht eine Polizeikultur, die missbräuchliche Gewaltanwendung zulässt
und befördert. Hier braucht es ein Umsteuern!

1

Die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols muss besser kontrolliert werden. Gerade für
die vielen Polizist*innen, die rechtsstaatlich handeln und sich dem Schutz aller Menschen
verpflichtet fühlen, müssen die Strukturen so verändert werden, dass alle diesem Anspruch
gerecht werden. Weniger Übergriffe sind nur durch einen Wandel des polizeilichen
Selbstverständnisses, von Einsatzformen und Polizeikultur zu erreichen. Neben einer
Aufgabenstraffung braucht die Polizei deshalb ein modernes, menschenrechtsorientiertes
Leitbild, das auf der Grundlage von Verhältnismäßigkeit, Deeskalation und demokratischer
Kontrolle aufbaut. Eine bürgernahe Polizei muss die Rechte von Migrant*innen und
Demonstrant*innen genauso schützen wie für die Menschen erreichbar und ansprechbar sein.
DIE LINKE steht an der Seite von allen, die sich gegen Polizeigewalt und Rassismus einsetzen
und für den Ausbau von Grundrechten und Demokratie eintreten. Die Bewegungen gegen
Polizeigewalt und Polizeigesetzverschärfungen, Black Lives Matter sowie die migrantischen
Initiativen und Verbände sind unsere Verbündeten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die

Polizeibefugnisse zurückzunehmen die insbesondere durch das Polizeiaufgabengesetz
erweitert worden sind.

Zeile 186 - 191

~~186 Bis heute hat das Landesamt für Verfassungsschutz nicht bewiesen, dass es als
187 nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem vor Gefahren für
188 Demokratie und eine freie Gesellschaft ist. Ein Beitrag zum Schutz demokratischer
189 Rechte und eine Gefahren-Abwehr für die Demokratie ist nicht feststellbar. Das
190 Landesamt für Verfassungsschutz entzieht sich sowohl der parlamentarischen als auch
191 der öffentlichen Kontrolle.~~

- Gute Arbeitsbedingungen! Polizist*innen brauchen eine gute und moderne Ausbildung.
Zudem benötigen wir eine moderne Personalmitbestimmung für die Polizei.

Zeile 192 - 194

~~192 Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische
193 Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz
194 für nicht begründet und sind weiterhin der Auffassung:~~

- Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen gegen Polizeigewalt und
Diskriminierung durch Polizeibeamt*innen! Wirksame Kontrolle kann nur durch eine
unabhängige Instanz erfolgen. Sie erfordert einen kritischen Blick, institutionelle
Unabhängigkeit von Polizei und Innenverwaltung sowie eine hinreichende Ausstattung mit
Befugnissen und Ressourcen.

Zeile 195

~~195~~

- Vielfalt leben! Die Zusammensetzung der Polizei muss die Bevölkerung widerspiegeln.
Mittel dafür können anonymisierte Bewerbungsverfahren oder Quoten sein.

Zeile 196

~~196 **Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen!**~~

- Sicherheit durch Nachvollziehbarkeit! Zur Aufklärung und Vermeidung von Übergriffen sollen
Einsatzprotokolle und Polizeivideos bei Treuhandstellen aufbewahrt werden.

Zeile 0 - 197

0

Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz

- Transparenz jetzt! Eine individuelle Kennzeichnungspflicht der Einsatzkräfte muss sofort eingeführt werden. Es muss selbstverständlich werden, dass Polizeibeamt*innen den Bürger*innen individuell erkennbar gegenüberreten

Zeile 198

198

- Rechtsstaatliche Begrenzung von Befugnissen! Die Polizeigesetze der letzten Jahre haben die Grenzen aufgeweicht. Die Strafverschärfungen für Widerstandsdelikte wollen wir rückgängig machen.

Zeile 199 - 200

199 ~~Transparenz und Zugang zu Informationen sind notwendige Voraussetzungen für die~~

200 ~~Meinungs- und Willensbildung der Bürger:innen.~~

- Probleme angehen! In der Polizei muss ein humanistisches Menschenbild gestärkt und menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt werden. Diese müssen mithilfe von unabhängigen Studien festgestellt, eingestanden, bewusst gemacht und bekämpft werden.

Zeile 201 - 204

201 ~~Es fehlt im Freistaat aber ein allgemeines Gesetz, das die Behörden zur~~

202 ~~Veröffentlichung amtlicher Informationen verpflichtet und den Bürger:innen ohne~~

203 ~~Voraussetzungen Ansprüche auf Zugang zu Informationen bei den Behörden des Staates~~

204 ~~und der Kommunen im Freistaat gewährt.~~

- Klarheit schaffen! Es braucht klare Regeln, um Racial Profiling zu verhindern: Verdachtsunabhängige Kontrollen auf der Basis von Gummiparagrafen wie im Polizeiaufgabengesetz müssen gestrichen werden.

Zeile 205

205

- Keine Toleranz für Intoleranz im Staatsdienst! Polizist*innen und Beamt*innen, denen

rassistisches, sexistisches oder homofeindliches Verhalten nachgewiesen wird, müssen konsequent disziplinarisch verfolgt werden, gegebenenfalls bis zur Entlassung aus dem Dienst.

Zeile 206

~~206 –Wir fordern ein Informations– und Transparenzgesetz~~

- Deeskalation statt Aufrüstung! Die Militarisierung der Polizei, ihre zunehmende Ausstattung mit Maschinenpistolen und »weniger tödlichen Waffen« wie zum Beispiel Taser, den Einsatz von Gummigeschossen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab. Den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir massiv einschränken; im Zusammenhang mit Versammlungen, Ansammlungen im öffentlichen Raum und Veranstaltungen soll er verboten werden.

Zeile 207

~~207~~

- Die Ausbildung muss sich ändern! Die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes sollte überwiegend in den allgemeinen Hochschulen erfolgen. Es braucht mehr kritische Polizeiforschung und -lehre sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns.

Zeile 208 - 209

~~208 Entsprechende Gesetze existieren im Bund und in den meisten Bundesländern. Eine~~

~~209 moderne Demokratie schafft Transparenz und freien Zugang zu Informationen.~~

- Unterstützung geben! Es braucht verbindliche Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Vielfalt und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung. Ziel ist es, Beamt*innen bei der Bewältigung ihrer Erfahrungen zu unterstützen und die Verfestigung diskriminierender Einstellungen zu verhindern.

Zeile 0 - 210

~~0~~

Kommunen stärken

- Bürgernähe statt Kasernierung!
Beamt*innen in geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um die Herausbildung von Korpsgeist zu erschweren. Insgesamt wollen wir deutlich weniger geschlossene Einheiten

und stattdessen eine bürgernahe Polizei.

Zeile 0 - 212

0

~~Entscheidend für eine erfolgreiche Strukturpolitik~~

Demokratie

ist

~~eine bessere finanzielle-~~

1

~~Ausstattung~~

mehr, als alle fünf Jahre seine Stimme abzugeben. Dafür müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen – von

der

~~Kommunen~~

europäischen, internationalen wie kommunalen Ebene bis hin zum Betrieb, zur Wirtschaft – mehr Mitbestimmung und Beteiligung geschaffen werden. Deshalb fordert DIE LINKE seit Jahren, dass Volksbegehren von Einschränkungen befreit werden müssen

.

Zeile 213 - 214

~~213 Eigene Steuerquellen, insbesondere Gewerbe- und Grundsteuer, sind von zentraler~~

~~214 Bedeutung.~~

- Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie alle öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürger*innen zur direkten Abstimmung per Volksentscheid vorgelegt werden.

Zeile 215

215

- Demokratie braucht Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die Freiheit der Bürger*innen von staatlicher Ausspähung.

Zeile 216 - 218

216 • ~~Wir fordern wir, mehr Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich, damit die~~
217 ~~kommunale Selbstverwaltung auch in wirtschaftsschwächeren Regionen~~
218 ~~handlungsfähig bleibt.~~

- Wir wollen die Möglichkeit von Volksbegehren ausweiten. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.

Zeile 219

219

- Wir wollen verbindliche Bürger*innenforen einrichten. Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren müssen so angelegt werden, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zu Lasten von Bürger*innenbeteiligung lehnen wir ab.

Zeile 220 - 224

220 ~~Für strukturell abgehängte Regionen sind zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu~~
221 ~~stellen, um Ansiedelung neuer Wirtschaftsbereiche mit Arbeitsplätzen und~~
222 ~~Wertschöpfung vor Ort voranzutreiben. Die Energiewende mit den Möglichkeiten von~~
223 ~~Energiegenossenschaften bietet sich hier als eine besonders zu fördernde Möglichkeit~~
224 ~~an, die eine regionale Energieversorgung in Bürger*innenhand ermöglicht.~~

- Das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger*innenräte, wonach zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, wollen wir unterstützen und fördern
- Das Petitionsrecht wollen wir als Bürgerrecht weiter ausbauen.

Zeile 225 - 226

225 ~~Der Freistaat kaschiert diese systematische Unterfinanzierung der kommunalen Ebene~~
226 ~~durch ein kompliziertes System des „kommunalen Finanzausgleichs“. Wir fordern:~~

- Die Oppositionsrechte im Bayerischen Landtag und in den Kommunalparlamenten wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.
- DIE LINKE. setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf Landes- und Kommunalebene auf 16 Jahre ein. Das schließt

das Wahlrecht für langfristig hier lebende Migrant*innen ein.

Zeile 227 - 228

~~227 Die kommunalen Steuereinnahmen müssen auf eine auskömmliche und verlässliche Höhe
228 angehoben werden!~~

- Jugendpolitik auf Augenhöhe. DIE LINKE bekennt sich zu einer Politik, die alle Generationen respektvoll einbezieht und sich für die Rechte von Rentner*innen genauso einsetzt wie für Kinder und Jugendliche. Junge Menschen sollen selbstverantwortlich handelnde Bürger*innen werden. Dafür wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Jugendpolitik: weg von Fremdbestimmung und Restriktion, hin zu Selbstbestimmung und seriöser, wertneutraler Aufklärung auf Augenhöhe.

Zeile 0 - 230

0

~~**Gute Arbeit und antidiskriminierende Strukturen – auch bei der**~~

.

1

Polizei

- Es fehlt im Freistaat ein allgemeines Gesetz, das die Behörden zur Veröffentlichung amtlicher Informationen verpflichtet und den Bürger*innen ohne Voraussetzungen Ansprüche auf Zugang zu Informationen bei den Behörden des Staates und der Kommunen im Freistaat gewährt. Deshalb setzen wir uns für ein Informations- und Transparenzgesetz ein.

Zeile 231

~~231 Gute Arbeitsbedingungen sind die Grundlage einer gut arbeitenden Polizei.~~

Starke Kommunen, gute Lebensqualität, gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern

232

Vor Ort, in den Kommunen, entscheidet sich die Lebensqualität im Alltag. Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die Entwicklung ländlich geprägter Regionen und die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen liegt uns besonders am Herzen. Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern ist dies eine besondere Herausforderung. Bayern hat den

Grundsatz der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ (Art. 3 der Bayerischen Verfassung) bis heute nicht annähernd umgesetzt. Die einzelnen Regionen Bayerns zeigen ein deutliches Auseinanderklaffen hinsichtlich der Lebensverhältnisse.

Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge hat den Alltag in vielen Kommunen und Nachbarschaften erschwert. Viele Kommunen in wirtschaftlich Seite 8 von 9 benachteiligten Teilen Bayerns sind überschuldet. Geld für Investitionen fehlt oft. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in Bayern wächst weiter. Die Schuldenbremse wirkt sich verheerend auf die Lebensqualität von Menschen mit geringerem Einkommen und auf die kommunale Demokratie aus. Wenn im Stadt- oder Gemeinderat bisweilen nur noch über die Verwaltung des Mangels und über vermeintliche Sachzwänge entschieden wird, wird die Demokratie in der Kommune erstickt.

Zeile 232 - 233

- 232 • ~~Wir fordern einer guten Ausbildung und einer kostenfreien Ausstattung der~~
233 ~~Polizei.~~
- Wir wollen die öffentlichen Dienstleitungen zurück in die öffentliche Hand holen und die eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen stärken. Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht auf den Markt geworfen werden!
 - Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir in kommunalen Besitz zurückführen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land Bayern den Kommunen Mittel für die Rekommunalisierung von Wohnungen, Krankenhäusern, Wasser- und Energieversorgung zur Verfügung stellt. Das kann über einen Rekommunalisierungsfonds geschehen. Unterstützung und rechtliche Beratung können durch eine geeignete Beratungseinheiten organisiert werden, damit nicht in jeder Kommune das Rad neu erfunden werden muss.

Zeile 234 - 238

- 234 • ~~Wir fordern eine Kennzeichnungspflicht, dass diskriminierendes, rechtsextremes~~
235 ~~Verhalten bei der Polizei unverzüglich geahndet wird und regelmäßig von~~
236 ~~unabhängiger Seite untersucht wird, um künftig derartigem Fehlverhalten durch~~
237 ~~z.B. Abschaffung von Diskriminierung befördernden Strukturen entgegenwirken zu~~
238 ~~können.~~
- Vorhandene Einschränkungen bei der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen müssen abgebaut, interkommunale Zusammenarbeit muss zum Vorbild gemacht und im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen Hand erreicht

werden. Wir wollen Anreize für den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe.

- Um gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns und Kommunen zu schaffen, soll die Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände durch ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Kommunen auf Landesebene gesichert werden.

Zeile 239

- 239 • Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen vom Land und perspektivisch unter
240 Beteiligung des Bundes in einen Altschuldenfonds übernommen und mit von Bund und Land
getilgt werden. Sie sind eine Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.
- Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Diese müssen in vollem Umfang vom Bund getragen werden. Kosten, die von Bund oder Ländern verursacht werden, müssen auch von dort finanziert werden (Konnexität).

Zeile 240 - 243

240 ~~Die Bürgerinnen und Bürger sollen Vertrauen in die Polizei haben. Dies bedeutet, dass~~
241 ~~Polizistinnen und Polizisten demokratisch verlässlich sein müssen. Rassismus und~~
242 ~~menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und machen~~
243 ~~auch vor der bayerischen Polizei nicht Halt~~

- DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefiskussteuer ein. Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität können die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen. Den Kommunen soll eine größere Freiheit bei der Erhebung von Abgaben und Steuern ermöglicht werden. Einschränkungen wie bei der Bettensteuer lehnen wir ab.
- Viele kommunale Aufgabenfelder sind inzwischen durch Gesetze und Verordnungen bis ins Detail »fremdbestimmt« und örtliche Gegebenheiten finden kaum Berücksichtigung. Das muss sich ändern. Die Selbstverwaltung muss gestärkt und der Spielraum der Kommunen bei Wirtschafts- und Bauangelegenheiten vergrößert werden.

Zeile 244 - 249

244 ~~Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen sozialen Bereich sind für uns~~
245 ~~die beste Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung. Immer neuen~~
246 ~~Rechtsverschärfungen mit einem allein repressiven Ansatz – wie es durch die~~
247 ~~Staatsregierung in Bayern der Fall ist – setzen wir ein bürgernahes und freundliches~~

248 ~~Sicherheitskonzept entgegen, das die Sorgen und Nöte der Menschen in Bayern~~

249 ~~ernstnimmt und umfassend Hilfe und Unterstützung anbietet.~~

- Die Förderung des Ehrenamts muss gewährleistet werden, und deshalb dürfen kommunale Aufwandsentschädigungen nicht auf Leistungen des SGB II und des BAföG angerechnet werden.
- Laufende Landesprogramme für Kommunen müssen verstetigt, kombinierbar und dem Bedarf angepasst werden. Eine Vielzahl von Kommunen kann sich nicht einmal die im Verhältnis geringen Eigenanteile an Landesprogrammen leisten, um Fördermittel für nötige und allein kaum finanzierbare Investitionen zu bekommen. Deshalb müssen die Eigenanteile zumindest für Kommunen in schwieriger Haushaltslage abgeschafft werden.
- Die Demokratie in den Kommunalparlamenten wollen wir stärken, deshalb wollen wir die Aufgaben der Stadt- und Gemeinderäte erweitern und die Einflussnahme auf die jeweilige Verwaltung der Ober-, Bürgermeister*innen und Landrät*innen beschränken.

Begründung

Im ursprünglichen Kapitel haben aus unserer Sicht wesentliche Forderungen gefehlt. Beispiel hier unsere Position zum PAG. Der Punkt „Starke Kommunen“ ist im ursprünglichen Antrag zu kurz gekommen. Durch unseren Formulierungsvorschlag ist das Kapitel nun besser lesbar

Information der Antragskommission

Antragsteller*innen: Ortsverband Mitte – West (Kreisverband München), Katinka Burz, Marina Dietweger, Carmen Fesl, Helene Füllgraf, Theo Glauch, Nicole Gohlke, Katharina Horn, Karl Ischinger, Stefan Jagel, Dominik Lehmann, Daniel Maugg, Maria Mayr, Dagmar Modrow, Barbara Nahr, Antje Stiel, Christian Schwarzenberger, Wolfgang Schulz, Tino Wagner, Andrei Yagoubov, Julian Zieglmayer

**Wer ich bin und woher ich komme:**

- 1952 in Hannover geboren
- Kindheit und Ausbildung in Berlin (West)
- Studium Mathematik / Sozialkunde
- 2. Staatsexamen Lehramt (Gymnasium)
- Lehrer an einer Berufsschule
- 1985 Umzug nach München (Ramersdorf, Haidhausen)
- Umschulung zum Kommunikationsprogrammierer
- **30 Jahre Software-Entwickler in einem Rechenzentrum**
- **25 Jahre Betriebsrat**, Tarifkommission, Aufsichtsrat, GBR
- davon 7 Jahre Betriebsratsvorsitzender
- **ab 2014 bis heute freiberuflicher Referent für Betriebsrats- und Gewerkschaftsschulungen**
- 2018 (Un-)Ruhestand
- 2021 Verleihung „München leuchtet“ in Bronze

- 44 Jahre Erfahrungen gesammelt bei den Jusos und in der SPD (OV-, Kreisvorsitzender, Wahlkampfleiter,...)
- Mitinitiator der Aktion „Wir sind die Partei“ gegen die Agenda 2010 und der Aktion „Krieg ist keine Lösung“ gegen den Krieg in Jugoslawien innerhalb der SPD, 2015 SPD-Austritt
- 2016 Mitarbeit in Initiative gegen die AfD mit Renate Cullmann und Adelheid Rupp
- 2017 als Parteiloser für die LINKE zum Landtag kandidiert
- ab 2018 Mitglied der LINKEN (OV Süd)
- **ab 2019 Sprecher AG Betrieb & Gewerkschaft München**
- **Direktkandidat zum Landtag in München-Bogenhausen**
 - AG Queer, AK politische Bildung, AK Verkehrswende, LAG Cuba sí, Kreisvorstand (2021-2023)
 - Mitglied bei ver.di, VdK, ASB, GOC, Team München, Bamtaare Senegal-2010 (Kassier)
 - Fördermitglied bei LobbyControl, ProAsyl, ProFamilia, Kurdistan-Hilfe und isw

**Mein Motto: Radikal im Denken, verständlich in der Sprache, solidarisch im Handeln!****Meine politischen Schwerpunkte (vom Klassenstandpunkt aus):**

- **Wirtschafts- und Sozialpolitik** aus Sicht der lohnabhängig Beschäftigten (AG Betrieb & Gewerkschaft) und armutsbetroffener Menschen (Koordinator vom Bündnis)
- in Verbindung mit **Klimapolitik**
- Verteidigung der **Freiheits- und Menschenrechte** aller Menschen, die hier leben durch konsequenten Kampf gegen Rassismus, Rechtsradikalismus und LGBTQIA-Feindlichkeit
- **Friedens- und Sicherheitspolitik**, die durch eine Aussöhnung bzw. einen Interessenausgleich zu einer Friedensordnung führt, in der die Sicherheit aller Völker und Staaten berücksichtigt wird.



Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die fürchterlichste Macht. (Lenin, 1920)



Kandidatur Landesfinanzrevisionskommission

Ulrike Bormann

Kreisverband Rosenheim



Biographisches:

- geb. 1959 in Homburg/Saar
- Studium Soziologie/Islamwissenschaften
- Verwaltungsangestellte im öffentlichen Dienst , seit April 2022 in Altersteilzeit
- Mitgliedschaft u.A. Verdi, Naturfreunde
- seit April 2021 Mitglied der Linken KV Rosenheim, stellvertretende Vorsitzende im Kreisverband Rosenheim

Meine Kandidatur wird vom Kreisverband Rosenheim unterstützt.

Ulrike Bormann



Kandidatur Landesfinanzrevisionskommission
Karl Ischinger
Kreisverband München

Biographisches: *1945 in Ulm; 1 Tochter
Berufliches: 1963 – 1966 Ausbildung zum Buchhändler
Die letzten 10 Jahre vor Eintritt in den
Ruhestand 2010 Personalratsvorsitzender
an der LMU München
Politisches: 1970 Eintritt in die Gewerkschaft HBV, jetzt ver.di
Mitglied ADFC
1982 – 1998 Mitglied Die Grünen
Seit 2010 Mitglied DIE LINKE
2014 – 2018 Schatzmeister KV München
2022 in die LFRK nachgewählt

Meine Kandidatur wird vom Kreisverband München unterstützt.

Karl Ischinger

11.02.2023



**Kandidatur Landesfinanzrevisionskommission
Wolfgang Reddies
Kreisverband Passau
57 Jahre**

Beruflicher Hintergrund

- mehr als zwei Jahrzehnte selbständig tätig

Engagement Partei DIE.LINKE

- Gründungsmitglied des KV Passau 2008
- 2 Perioden Kreisschatzmeister im KV Passau
- seit 2018 Mitglied der LFRK

Sonstiges

- meine Kandidatur wird vom Kreisvorstand Passau unterstützt

KANDIDATURFLYER

Kandidat / Kandidatin für Landesschiedskommission

Name:	Stock
Vorname:	Tilo
Alter:	59
Kreisverband:	München



Kurzvorstellung:	Ich bin seit ihrer Gründung Mitglied der Partei DIE LINKE und komme ursprünglich aus der „Quellpartei“ Linkspartei.PDS, im Landesverband Bayern bin ich seit 1992. In der letzten Legislaturperiode war ich der Vorsitzende der Schiedskommission. Beruflich bin ich Bahnangestellter im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und gewerkschaftlich Mitglied der EVG. Familienstand ledig ohne Kinder.
------------------	---

Meine Vorstellungen:	<p>Mir ist klar, dass das in der DDR und in der Sowjetunion praktizierte Sozialismusmodell falsch war, ansonsten hätte es ja funktioniert. Mir ist aber auch klar, dass der Kapitalismus nicht für die Ewigkeit gemacht ist, sondern so wie alle Vorgängergesellschaftsformationen irgendwann durch eine Nachfolgeordnung abgelöst werden wird. Wie die nach dem Scheitern des bisherigen Sozialismusmodells aussehen wird? Da werden sich die Gesellschaftswissenschaftler noch die Köpfe zerbrechen müssen. Ich bin Dipl.-Ing, also Techniker. Ich bringe mich daher lieber dort in die Partei ein, wo ich was gut kann. Zum einen bin ich beruflich mit Fragen des Zivilrechts, Strafrechts und Ordnungswidrigkeitsrechts befasst (allerdings kein Jurist), zum anderen habe ich immer in Bereichen gearbeitet – Militär und Eisenbahn, wo das strikte Einhalten von Regeln quasi eine Art Lebensversicherung ist. Insofern liegt mir die Arbeit in der Schiedskommission. Wichtig für mich: Durch meine Arbeit sicherzustellen, dass die Rechte von Mitgliedern oder Gliederungen der Partei nicht durch Satzungsverstöße verletzt werden bzw. diese verletzten Rechte zumindest nachträglich wieder hergestellt werden. Leider ist es manchmal auch notwendig, Mitglieder gegen ihren Willen aus der Partei auszuschließen, um diese vor Schaden zu bewahren, wobei es besser wäre, wenn man ohne sowas auskommen könnte. Hier muss die Schiedskommission stets aufs Sorgfältigste abwägen, denn einen Menschen aus seiner politischen Heimat zu verstoßen, ist ein sehr gravierender Eingriff in sein Leben.</p> <p>Zur aktuellen Frage des Ukrainekrieges: Wenn ein Volk sich verzweifelt wehrt, weil der Möchte-Gern-Imperator des großen Nachbarlandes es versklaven will, gehört den um ihre Freiheit kämpfenden Menschen jegliche Unterstützung, und dazu gehört natürlich auch die Lieferung von Waffen. Hat Vietnam seinerzeit gegen die USA kapituliert? Nein, der übermächtige Feind wurde erfolgreich vertrieben!</p>
----------------------	---

KANDIDATURFLYER

Kandidat / Kandidatin für Landesschiedskommission

Name:	Winkler
Vorname:	Günter
Alter:	67
Kreisverband:	München



Kurzvorstellung:	Seit über 50 Jahren im linken Spektrum unterwegs. Seit 2007 in der Partei Die Linke. Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie in Rente. Kenne mich mit Flügeln nur bei Vögeln aus, mag die Vielfalt in der vereinten Linken (Karl Valentin: Wo alle das gleiche denken wird wenig gedacht) und wünsche mir weniger Narzissmus und Bürokratismus und mehr Solidarität (auch) in der Partei. Hobbies: Kochen, Geschichte, Angeln, Lesen und Reisen.
------------------	---

Meine Vorstellungen:	Verjüngung von Parteivorstand und Fraktionen, AktivistInnen der wichtigen Bewegungen (Armutsbetroffenenbewegung, Frauenbewegung, Gesundheitsbewegung, Gewerkschaften, Klimabewegung, Mieterbewegung u.a.) in die Parlamente. Ich kandidiere wieder für die Landesschiedskommission weil dort trotz aller unterschiedlichen Meinungen und Haltungen sehr konzentriert und respektvoll diskutiert wird, da wird Solidarität erlebbar. Ich wünsche mir von den GenossInnen, dass die Schiko nicht für persönliche oder lagertaktische Eingaben mißbraucht wird. Satzung und Programm der Partei sind überragend, wenn auch sicher noch nicht perfekt. Es gilt sie zu verteidigen und das ist politisch die Aufgabe aller GenossInnen, strukturell Aufgabe der Schiedskommissionen.
----------------------	---